

## Beschluss

Bauwende – Nachhaltiges ressourcenschonendes Bauen!

Gremium: Bundesdelegiertenkonferenz  
Beschlussdatum: 16.11.2019  
Tagesordnungspunkt: W Wohnen

### Antragstext

1 *Wenn die bis 2050 weltweit neu entstehenden Infrastrukturen nach dem Vorbild des vergangenen*  
2 *Jahrhunderts gebaut würden, d.h. vor allem mit konventionellen Baustoffen wie Zement, Stahl*  
3 *und Aluminium, würden allein dadurch bereits drei Viertel des für die Einhaltung des 1,5°*  
4 *Ziels noch verbleibenden CO2 Budgets verbraucht (WBGU, Hauptgutachten Urbanisierung, 2016)*

#### 5 **Situation**

6 Der Bausektor gehört zu den Wirtschaftszweigen mit dem höchsten Ressourcenverbrauch.  
7 Unsere Siedlungs- und Bautätigkeit, also unser Bedarf an immer mehr Wohn- und Gewerberaum  
8 sowie Infrastruktur, generiert einen wesentlichen Teil unseres CO2-Fußabdruckes. Die Hälfte  
9 unseres Mülls entsteht auf den Baustellen, das waren 215 Millionen Tonnen Bauabfälle in  
10 2016, das Bruttoabfallaufkommen betrug 2016 insgesamt 411 Millionen Tonnen (Quelle:  
11 Umweltbundesamt).

#### 12 **Aufgaben**

##### 13 **Umweltschutz und gesundes Bauen**

14 Seit Jahren reden wir über Bodenschutz, Umwelt- und Klimaschutz. Doch im Bereich der  
15 Bautätigkeit und dem Bauwesen/Bauwirtschaft gibt es angesichts der Riesenherausforderungen  
16 viel zu wenige Fortschritte. Ökologische und energieeffiziente Sanierungen, die Senkung des  
17 Siedlungsflächenverbrauchs, sowie der Einsatz von umwelt- und klimaschützenden Baustoffen,  
18 Bautechniken und regenerativen Energien nehmen seit Jahren nicht zu. Mit unserer  
19 gegenwärtigen Bautätigkeit verhindern wir die Umsetzung unserer Klima- und  
20 Nachhaltigkeitsziele.

21 30% unseres Primärenergiebedarfes entsteht durch Heizen, Kühlen, durch die konventionelle  
22 Nutzung unserer Gebäude. Dazu kommt noch der Ressourcenverbrauch beim Bauen: Baustoffe und  
23 Bauprodukte verursachen einen enormen Transport- und Energiebedarf: Rohstoffgewinnung,  
24 Herstellung der Baustoffe, Einbau, Instandhaltung, Modernisierung, Abriss, der stetige  
25 Flächenverbrauch und die Entstehung von Müll und Sondermüll ist in jedem Schritt eine  
26 planetare Belastung.

##### 27 **Das können wir uns nicht mehr leisten!**

28 2016 setzte das Bauwesen in Deutschland ca. 600 Mio.t mineralische Baurohstoffe ein,  
29 überwiegend Primärrohstoffe. „Sand und Kies sind der meistgeförderte Rohstoff der Welt“.  
30 (Zitat Umweltbundesamt: <https://www.umwelt-im-unterricht.de/hintergrund/baustoffe-ressourcen-und-nachhaltiges-bauen>)  
31 Jährlich werden 250 Mio.t Sand und Kies sowie 230 Mio.t  
32 Naturstein abgebaut. Der Abbau der Rohstoffe geht einher mit Zerstörung von Landschaft,

33 Lebensräumen und Eingriffen in den Wasserhaushalt. Nach Schätzungen werden für diese  
34 Tagebaue täglich 4 ha Fläche neu in Anspruch genommen. Für ein Einfamilienwohnhaus sind  
35 durchschnittlich etwa 200 t Kies- und Sand nötig. In einem Kilometer Autobahn stecken etwa  
36 30.000 t. Die Vereinten Nationen schätzen, dass die Menschheit jährlich 40 Mrd.t Sand in  
37 Anspruch nimmt. Mancherorts haben sich Mafiastrukturen etabliert: Sandlagerstätten und  
38 Strände werden dort illegal abgebaggert.

39 Obwohl viel abgerissen wird, wird nur ein kleiner Bruchteil der Baustoffe recyclet und  
40 wiederverwendet. In Deutschland sind die mineralischen Bauabfälle und nicht verwertbarer  
41 Aushub mit ca. 202 Mio.t im Jahr die mengenmäßig größte Abfallgruppe. Man könnte diese  
42 Abfälle zu 88% für den Hochbau wiederverwenden. Doch es „werden derzeit lediglich 7% der für  
43 den Hochbau benötigten mineralischen Primärrohstoffe durch Sekundärrohstoffe substituiert“,  
44 so der Sachverständigenrat für Umweltfragen. Das ist mittlerweile auch ein Kostenfaktor im  
45 Bauwesen, denn Recycling käme teilweise günstiger.

46 Die gegenwärtig fehlende Akzeptanz für den Einsatz von Sekundärrohstoffen beruht auf  
47 mangelhaften Märkten, auf befürchtigtem Mehraufwand, dem Risiko zusätzlicher Prüfungen,  
48 Gewährleistungsfragen und Mehrkosten, die durch unsere deutsche - an Normen und  
49 Zuständigkeiten orientierte - Planungs- und Bauweise entstanden sind. Die Umsetzung der  
50 Kreislaufwirtschaft wird am Bau auch durch unterschiedliche länderspezifische Regelungen  
51 erschwert. Landesbauordnungen greifen das Thema bisher nicht auf. Die wenigen angebotenen  
52 Rezyklate finden bei öffentlichen Ausschreibungen i.d.R. keine Berücksichtigung.

53 Das BMU schreibt im Deutschen Ressourcenschutzprogramm II: „Die Bundesregierung setzt sich  
54 dafür ein, eine für Verwender transparente Kennzeichnung nach einheitlichen und  
55 nachvollziehbaren Kriterien für alle in Innenräumen sowie für die Gebäudehülle verwendeten  
56 Bauprodukte auf einem hohen Schutzniveau zu etablieren. Die Umsetzung soll durch europäisch  
57 harmonisierte Prüfnormen zur Erfassung der Emissionen aus Bauprodukten in Innenräumen und  
58 der Freisetzung gefährlicher Stoffe aus Bauprodukten in die Umwelt erfolgen.“ Passiert ist  
59 bislang wenig.

60 Die meisten Baustoffe und Ausbaumaterialien enthalten zahlreiche, teilweise höchst  
61 problematische, oft gesundheitsgefährdende Hilfs- und Zusatzstoffe. Die von Handwerk,  
62 Verbraucher\*innen oder Handel geforderten Produkteigenschaften fördern den Einsatz von  
63 hochproblematischen Verbundstoffe. In zahllosen zugelassenen Bauprodukten wie  
64 Beschichtungsstoffen finden sich vermeidbare Pestizide, Konservierungsmittel und  
65 Mikroplastik.

66 Viele Bauteile wie Türen und Fenster, Fußböden und Abdichtungen, Leitungen und Isolierungen  
67 bestehen aus PVC. Diese Bauteile aus halogenierten Kohlenwasserstoffen entwickeln im  
68 Brandfall hochgiftige Gase oder verbleiben über Jahrtausende in unserer Umwelt. Wir wollen  
69 und werden den Einsatz von PVC weitestgehend vermeiden, um aus der Chlorchemie auszusteigen.

70 In Holzwerkstoffen werden teilweise nach wie vor formaldehydhaltige Leime verwendet. PCBs  
71 sind immer noch in vielen Schulen und öffentlichen Bauten zu finden und die bromhaltigen  
72 EPS-Dämmstoffe vieler Wärmedämmverbundsysteme bereiten Entsorgungsprobleme.

73 Das sind nur wenige, nach heutiger Rechtslage zulässige, Beispiele für den unkontrollierten  
74 Einsatz von Stoffen und Stoffgruppen, deren langfristige Wirkungen noch weitgehend unbekannt  
75 sind. Eine vollständige Deklaration in technischen Merkblättern ist für Baustoffe nicht  
76 vorgesehen. Kaum ein Bauherr ist sich dieser Problematik bewusst. Verbaut wird in der Regel,  
77 was am günstigsten ist.

78  
79 Um einen effektiven Schutz unserer Lebensgrundlagen im Sinne des Vorsorgeprinzips zu

80 gewährleisten, müssen ordnungsrechtliche Maßnahmen ergriffen werden, damit umwelt- und  
81 gesundheitsschädliche Stoffe nicht uns und unsere Umwelt gefährden.

## 82 **Urban Mining**

83 Urban Mining ist die planvolle und systematische Erschließung sekundärer Rohstoffpotenziale  
84 aus Gebäuden und Infrastrukturen. Der deutsche Gesamtbestand an Gebäuden und Infrastrukturen  
85 (Materiallager) ist mit ca. 28 Milliarden Tonnen ein menschengemachtes Rohstofflager, das  
86 partiell nach Nutzungsende wieder dem Recycling zugeführt werden könnte. Im Bestand sind ca.  
87 10,5 Mrd.t mineralische Baustoffe gebunden, ca. 220 Mio.t Holz und ca. 100 Mio.t Metalle.

88 Die Bereitstellung von hochwertigen Sekundärrohstoffen wird durch diverse Faktoren gehemmt.  
89 Komplexe und irreversible Verbindungen und Vermischungen von Rohstoffen und zunehmend  
90 problematische Stoffeinträge durch Zusätze und Hilfsmittel, die nur in aufwendigen Verfahren  
91 – wenn überhaupt – in ihre Ausgangsstoffe getrennt werden können, sind ein wesentliches  
92 Hindernis. Das Baustoffrecycling in qualitätserhaltenden Kreisläufen wird heute nur in  
93 wenigen Fällen erreicht. Rohstoffpreise, die nicht die ökologische und soziale Wahrheit über  
94 ihre Gewinnung sagen, verhindern rohstoffsparende Praktiken beim Planen, Bauen und  
95 Rückbauen. Die stärkere Wiederverwertung von Bauteilen und Baustoffen könnte Arbeitsplätze  
96 in den Bereichen Rückbau, Trennung und Recycling von Baumaterialien schaffen. Hierbei  
97 handelt es sich in der Regel um Tätigkeiten, die vor Ort ausgeübt werden, sodass lokale  
98 Arbeitsplätze im Sekundären Sektor entstehen könnten.

## 99 **Bauwende**

100 Inzwischen ist klar, dass ein "Weiter so" das Leben auf diesen Planeten gefährdet. Seit  
101 dieser Erkenntnis hat sich im Bausektor erstaunlich wenig verändert. Die Motivation von  
102 Regierungen, Industrien, Parlamenten und Bevölkerung dieses Thema ernsthaft anzugehen,  
103 bleibt bei der Komplexität der Materie und der undurchdringlichen Zuständigkeit für die  
104 Zusammenhänge auf der Strecke. Dabei ist die Unzufriedenheit mit den Lebens-, Arbeits- und  
105 Wohnumständen überall zu spüren. In den Metropolen ebenso wie in den ländlichen Räumen. Das  
106 Zusammenspiel aus Bau- und Baustoffindustrie, Normung und Gesetzgebung, Behörden und  
107 Verordnungen sowie Wohn- und Arbeitswelten bedarf dringend einer Neuaufstellung unserer  
108 Planungs- und Baukultur auf allen Ebenen. Wir wollen anders bauen, ressourcenschonend und  
109 lebensfreundlich. Wir wollen diese Bauwende mit den Zielen der Agenda 2030 voranbringen,  
110 gestalten und umsetzen.

## 111 **Lebenswerte Städte und Dörfer**

112 Die Gestalt unserer Städte und Siedlungen ist wesentlicher Bestandteil unserer Alltagskultur  
113 und muss in die Nachhaltigkeitsdebatte einfließen. Unsere gebaute Umgebung prägt uns. Das  
114 demokratische Miteinander lässt sich gezielt durch die Gestaltung von Freiräumen, dem  
115 Stadtraum und den Aufenthaltsräumen gleichermaßen stärken. Gute öffentliche Räume sind Orte,  
116 wo wir in Vielfalt miteinander umgehen. Sie sind Orte, die sozialisieren. Die Gestaltung des  
117 Raumes ist ein Teil unserer materiellen Lebensgrundlagen und sein Erscheinungsbild und  
118 Materialität bedarf großer Sorgfalt.

119 Die Mitglieder einer freien, demokratischen Gesellschaft brauchen Wohn- und Arbeitsräume,  
120 die durch städtebauliche und bauliche Qualität Wertschätzung, Gleichheit und positive  
121 Gestaltungskraft ausdrücken. Das ist kein Luxus, sondern Notwendigkeit für die  
122 Leistungsfähigkeit unserer arbeitsteiligen Dienstleistungsgesellschaft.

## 123 **Unsere Antworten und Forderungen**

### 124 **Ressourcenschonende und nachhaltige Baukultur**

125 Uns Grünen geht es darum, öffentliche Handlungsfähigkeiten zu stärken. Wir fordern von der  
126 gesamten Immobilien- und Bauwirtschaft nachhaltiges Handeln ein. Das Prinzip der  
127 Nachhaltigkeit muss in allen Fachgesetzen verankert und umsetzbar werden.

128 Die gesamte Wertschöpfungskette in der Bauwirtschaft – Produktgestaltung,  
129 Produktionsprozess, Nutzung und Entsorgung – muss ressourcenschonend werden. Bei Städtebau  
130 und Gebäudeplanung sind Stoff- und Energieverbrauch bei Herstellung und Betrieb sowie das  
131 spätere Recycling durchgängig für alle Gebäude zu berücksichtigen.

132 Wir wollen die Energieversorgung von Gebäuden von fossilen Energieträgern auf erneuerbare  
133 umstellen. Mit guten Quartierslösungen kann auch der modernisierte Bestand mit erneuerbaren  
134 Energien innerhalb der Städte versorgt werden.

135 Die Lebensdauer von Gebäuden muss deutlich verlängert werden. Der Abriss und das „Wegwerfen“  
136 von Gebäudesubstanz muss vermieden und die Weiternutzung „grauer Energie“ im Bestand  
137 unterstützt werden. Durch Erhaltung bestehender Bausubstanz und auf lange Nutzungsdauer  
138 ausgelegte Räume, Konstruktionen, wiederverwertbare Bauteile und Materialien kann die  
139 Ressourceninanspruchnahme auf ein verträgliches Maß zurückgeführt werden. Hierfür braucht es  
140 starke Regelungen auf EU-, Bundes- und Landesebene sowie umsetzungsstarke und fachkompetente  
141 Kommunen.

142 Im Neubau müssen Gebäudeflexibilität und kulturelle Wertigkeit zu zentralen Kriterien  
143 werden, um Umnutzungen und Nachnutzungen künftig zu erleichtern. Gebäude sind so zu  
144 konzipieren, dass sie die positive Identifikation mit ihnen erleichtern, sie leicht nutzbar  
145 sind und sich Reparaturen einfach durchführen lassen. Das bedarf einer partizipativ  
146 geprägten Stadt- und Gebäudeplanung in den Kommunen, bei den öffentlichen wie privaten  
147 Bauherren eines hohen Planungsniveaus, sowie flexiblerer Regelungen in den  
148 Landesbauordnungen, Arbeitsstättenrichtlinien und in anderen öffentlich-rechtlichen  
149 Anforderungen des Planens und Bauens sowie eine Entschlackung der zahlreichen Normen.

150 Aktuell sind die Erstellungs- oder Instandsetzungs- und Modernisierungskosten eines  
151 nachhaltig geplanten und gebauten Gebäudes deutlich höher als die eines billigen „fast  
152 Plastics house“. Die Folgekosten der konventionellen Baustoffe und ihr enormer CO<sub>2</sub>-Abdruck  
153 werden im Preis nicht abgebildet. Auf diesem Gebiet Nachhaltigkeit umzusetzen, braucht es  
154 daher gerechte Finanzierungsinstrumente und Lastenverteilung mit Blick auf den gesamten  
155 Lebenszyklus eines Gebäudes.

156 Einfamilienhäuser verbrauchen besonders viele Ressourcen, da im Vergleich zum  
157 Mehrfamilienhaus der Außenhautanteil sehr groß ist, zudem verschleißten sie extrem viel  
158 Bauland und Infrastruktur. Immer neue Einfamilienhausgebiete auf der grünen Wiese treiben  
159 den Flächenverbrauch weiter an und führen vielerorts gleichzeitig zu leerfallenden und öden  
160 Ortskernen.

### 161 **Umbaukultur**

162 Für ein ressourcen- und umweltorientiertes Bauen reicht es nicht aus, Energiesparmaßnahmen  
163 an Einzelgebäuden vorzunehmen. Die wesentliche Steuerungsgröße liegt nicht im Neubau,  
164 sondern im klugen Umgang mit dem Bestand: im Umbau, in Werterhaltungsstrategien. Bestehende  
165 Gebäude binden wertvolle Baumaterialien, Energie und Arbeitszeit. Energetisch betrachtet  
166 besitzt jede bestehende Architektur eine eingebaute Existenzberechtigung – alleine dadurch,  
167 dass sie vorhanden ist und in ihr materielle und geistige Werte und Energien gebunden sind.

168 So ist die Weiter- und Umnutzung eines Bestandsgebäudes deutlich ressourcenschonender als  
169 das Neubauen. Selbst das zuständige Bundesministerium stellt die Nichtbaulösung an die erste  
170 Stelle seiner Planungsgrundsätze. Hier muss die öffentliche Hand ihre Vorbildfunktion  
171 deutlicher wahrnehmen und für ihren Bedarf an Gebäuden und umbauter Umwelt vollständige

172 Nachhaltigkeitsbetrachtungen auch über die Zuständigkeitsgrenzen hinweg durchführen und  
173 diese mit einer Umsetzungsstrategie realisieren.

174  
175 Wir wollen Privilegien für Flächenverbrauch wie das erleichterte Baurecht im Außenbereich  
176 (§13b Baugesetzbuch) streichen. Ortskerne z. B. wollen wir mit einem Förderprogramm für die  
177 Aktivierung von Leerstand - der Grünen Bauflächenoffensive - wieder beleben und den immer  
178 noch viel zu hohen Flächenverbrauch mittelfristig in eine Flächenkreislaufwirtschaft  
179 überführen.

## 180 **Nachhaltiges Bauen**

181 Nachhaltiges Bauen bedeutet eine ganzheitliche Betrachtungsweise einnehmen, über den  
182 gesamten Lebenszyklus eines Bauwerks, beginnend mit der Planung. Der Bund und viele Länder  
183 setzen diesen Gedanken schon schrittweise um. Ziel ist es alle Bauten der öffentlichen Hand  
184 nachhaltig zu planen, zu bauen und zu nutzen sowie dieses Wissen auch der Privatwirtschaft  
185 zur Verfügung zu stellen.

186  
187 Hierbei werden Ökologie, Ökonomie und Soziales gleichzeitig und gleichberechtigt beachtet.  
188 Die ökologische Sicht zielt auf eine Minimierung der Umweltwirkungen ab, voran eine  
189 Reduzierung von CO<sub>2</sub> und des Primärenergiebedarfs, vermeidet gesundheitsgefährdende Stoffe  
190 und senkt den Wasser- und Flächenverbrauch. Energieaufwändige Baustoffe wie Stahl und Beton  
191 und auf fossilen Rohstoffen basierende Produkte werden negativ bewertet. Der Einsatz von  
192 nachwachsenden oder ressourcenschonend produzierten Baustoffen gestärkt. Viele  
193 konventionelle Baustoffe können durch ökologischere Stoffe ersetzt werden, ohne dass  
194 Funktionalität und technische Qualität leiden.

195  
196 Bauen ist und bleibt ein ressourcenintensives Geschäft. Darum ist es wichtig, dass wir die  
197 durch Rückbau wieder freiwerdenden Rohstoffe dem Kreislauf wieder zuführen und damit den  
198 Abbau und Verbrauch weiterer Ressourcen unnötig machen.

199  
200 Bei der Bewertung der gesamten Nachhaltigkeit steht der komplette Lebenszyklus des Gebäudes  
201 und seiner einzelnen Bauprodukte im Fokus. Der Lebenszyklus umfasst die Planungs- und  
202 Herstellungsphase sowie die Nutzungs- und Rückbauphase. Die Herstellungskosten eines  
203 herkömmlich geplanten Gebäudes machen oftmals nur ca. 10-20% Prozent der Gesamtkosten des  
204 Gebäudes über eine Zeitspanne von 50 Jahren aus. Bei einer lebenszyklusoptimierten Bauweise  
205 können so die Nutzungskosten gesenkt werden, ohne dass die Herstellungskosten nennenswert  
206 steigen.

207  
208 Die soziokulturelle und funktionale Qualität eines Gebäudes ergibt sich aus Sicherheit,  
209 Barrierefreiheit, Schadstofffreiheit und ansprechender Gestaltung. Der Mensch muss der  
210 Maßstab der Gebäudeplanung sein.

211  
212 Alle diese Aspekte sollen grundsätzlich Berücksichtigung beim Planen und Bauen finden. Dabei  
213 können Bewertungssysteme als Werkzeuge für die Qualitätssteigerung oder Qualitätssicherung  
214 mit Zertifizierung verwendet werden. Dies gilt es nun in die gesamte öffentliche wie private  
215 Bauwirtschaft zu transportieren. Es stehen erste Erfahrungen sowie die Werkzeuge und die  
216 Methodik zur Verfügung, das Know-how zum nachhaltigen Bauen ist vorhanden und zugänglich. Es  
217 braucht den Willen zu Umsetzung.

218  
219 Für das öffentliche Bauen steht das Bewertungssystem Nachhaltiges Bauen BNB zur Verfügung.  
220 Es wird bereits verpflichtend für Neubauten des Bundes und einiger Bundesländer angewendet.  
221 Aktuell ist das System begrenzt auf bestimmte Gebäudetypen und auf die Außenanlagen von  
222 Bundesliegenschaften. Darüber hinaus gibt es weitere anerkannte und erprobte

223 Zertifizierungssysteme für die Privatwirtschaft wie [www.nachhaltigesbauen.de](http://www.nachhaltigesbauen.de).

224  
225 Das BNB muss nun für ein breiteres Spektrum von Gebäudetypen der Länder und der Kommunen wie  
226 Krankenhäuser, Kitas, Versammlungsstätten, Sporthallen usw. entwickelt werden. Die Bewertung  
227 der Klimaneutralität muss obligatorisch sein. Die Länder und Kommunen müssen in der Folge  
228 die Anwendung des BNB für alle Bauvorhaben einführen. Die öffentliche Hand hat  
229 Vorbildfunktion! Um finanz- oder kompetenzschwache Kommunen zu unterstützen, gilt es,  
230 Förderprogramme für Nachhaltiges Planen und Bauen im kommunalen Sektor aufzulegen.

231  
232 Dabei ist unerlässlich, das Nachhaltige Bauen auch in der Privatwirtschaft zu fördern, um  
233 die Bautätigkeit in ihrer gesamten Breite und Tiefe zu erreichen. Anerkannte Bewertungs- und  
234 Zertifizierungssysteme für diverse Gebäudetypen stehen zur Verfügung und sind erprobt. Hier  
235 können Förderprogramme die Mehrkosten an Planungshonoraren auffangen und so zu einem  
236 klimaneutralen und nachhaltigen Gebäudebestandes beitragen.

237  
238 Mit steigenden CO<sub>2</sub>-Preisen besteht auch im privaten Sektor ein Anreiz, auf klimaneutrale  
239 Energieerzeugung umzusteigen. Hierzu müssen jedoch auch die fossilen Energieträger aus den  
240 öffentlichen Förderprogrammen gestrichen werden.

241  
242 Neben den Neubauten müssen auch die Bestandsbauten der öffentlichen Hand dekarbonisiert  
243 werden. Bei der Erneuerung der Wärmeerzeugung im Bestand muss auf auf regenerative  
244 Energieträger umgestellt werden.

#### 245 **Planen und Bauen unter kommunale Kontrolle**

246 Stringente Anwendung der Abfallhierarchie Reuse-Reduce-Recycle vor Ort im Baubereich mit  
247 Vorgaben und Angeboten zur Weiternutzung, Vermeidung und Wiederverwertung von Gebäuden,  
248 Bauteilen und Baustoffen mit dem Ziel einer deutlichen Reduzierung des Rohstoffbedarfs und  
249 des Müllaufkommens im Bausektor insgesamt.

250 Integrierte Klimaanpassungs-, Ressourcenreduktions- und Nachhaltigkeitsstrategien auf  
251 kommunaler Ebene entwickeln, vermitteln und umsetzen ist eine gesamtgesellschaftliche  
252 Aufgabe, der sich auch die EU- und Bundesebene widmen muss.

#### 253 **Gesetzlicher Handlungsbedarf im Förder- und Ordnungsrecht**

254 Folgende Maßnahmen sind geeignete Stützpunkte der Bauwende:

- 255 • Einführung einer verbindlichen Vorrangregelung für Recyclate im Hoch- und Tiefbau
- 256 • CO<sub>2</sub>-Bepreisung von Baustoffen und -produkten sowie von Heizstoffen
- 257 • Entwicklung recyclerbarer Baumaterialien sowie die Weiterentwicklung der  
258 Aufbereitungs- und Verwertungstechnologien, Vermeidung nicht recyclerbarer Materialien
- 259 • Klare Rahmenbedingungen und Planungssicherheit für den umgehenden Einstieg in die  
260 Kreislaufwirtschaft.
- 261 • Den Ländern soll es ermöglicht werden auf Primärrohstoffe, entsprechend der Ausbeutung  
262 von Öl und Gas, eine Abgabe einzuführen, um das Recyclen von Baustoffen lohnender zu  
263 machen.
- 264 • Einführung der Pflicht zur Volldeklaration aller Inhaltsstoffe in Baustoffen und deren  
265 Energiebilanz bei der Herstellung.

- 266 • Öffentliche Förderprogramme, steuerliche Subventionen und Qualitätsstandards für  
267 nachhaltiges, ökologisches Bauen, dessen Kontrolle sowie ihre sozial verträgliche und  
268 baukulturell hochwertige Umsetzung.
- 269 • Ressourcenschutz und -effizienz und Nachhaltigkeitsziele zentral in der  
270 Musterbauordnung und den Bauordnungen der Länder verankern.
- 271 • Energiebedarfsberechnung um den Nachweis „Graue Energie“ (Aufwand zur Herstellung und  
272 zum Recycling bzw. Entsorgen) erweitern, negative Berücksichtigung bei Verwendung  
273 nicht bzw. schwer recycle barer Stoffe
- 274 • Stärkung der unteren Bauaufsichten in den Landkreisen / Bezirken
- 275 • Anreize für besonders umweltschonende, kostensparende oder qualitätsfördernde  
276 Leistungen schaffen.
- 277 • Schutzstatus im Bodenschutzgesetz für unversiegelten Boden mit Festlegung eines bis  
278 2035 auf Netto-Null sinkenden Flächenverbrauchs, der auf Länderebene zu kontrollieren  
279 und durchzusetzen ist. Hierfür wollen wir auch ein Klagerecht anerkannter Verbände.
- 280 • Programm für flächensparendes Wohnen und Arbeiten, um die bestehenden Flächen besser  
281 auszunutzen.